

# ISOR aktuell

Nummer 12/2007 ★ 15. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Dezember 2007

Mitteilungsblatt  
der Initiativgemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V

## Schluss mit dem Renten- und Versorgungs- unrecht in den neuen Bundesländern

Von Dr. Rainer Rothe, Mitglied des Vorstandes

Dieses Thema wird voraussichtlich im März 2008 den Bundestag beschäftigen. Die Fraktion DIE LINKE hat hierzu ein Paket von 17 Anträgen mit dem Leitantrag »Schluss mit der Diskriminierung und Ungerechtigkeiten gegenüber Älteren in den neuen Bundesländern bei der Überleitung von DDR-Alterssicherungen ins bundesdeutsche Recht« eingebracht. Sie setzt damit ihre Tradition mit der Forderung fort, den unhaltbaren Zustand für die Betroffenen endlich zu beenden. Dr. Martina Bunge und Dr. Gregor Gysi stellten die Anträge auf einer Pressekonferenz am 08. 11. 2007 vor und übergaben nachfolgende Pressemitteilung:

Mit der Überleitung der Altersversorgung der DDR in das bundesrepublikanische Recht im Jahr 1991 waren zahlreiche Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen verbunden. Erstens ergaben sich rentenrechtlich Lücken, weil es für DDR-typische Sachverhalte keine bundesrepublikanische Entsprechung gab und die Suche nach einer Lösung unterblieb. Entsprechende Ansprüche wurden einfach gestrichen. Das reicht von mithelfenden Familienangehörigen von Handwerkern über Zeiten von Aspiranturen und Sonderstudien bis hin zu Scheidungen ohne Versorgungsungleich.

Zweitens betrifft das nicht überführte Ansprüche aus zusätzlichen Versorgungssystemen der DDR für die wissenschaftliche, technische, medizinische und künstlerische Intelligenz, für Beschäftigte im Staats- und Sicherheitsapparat sowie in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, aber auch Zusagen für bestimmte Berufsgruppen, wie Beschäftigte der Reichsbahn, mittleres medizinisches Personal sowie Balletttänzerinnen und -tänzer.

Drittens wurden willkürliche Eingriffe in die Rentenformel unternommen und damit das Rentenrecht als Strafrecht benutzt. Statt Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenberechnung anzuerkennen, wird nur der jährliche Durchschnitt aller anerkannt. Das betrifft Personen, die in höheren Funktionen tätig waren, und alle Beschäftigten des MfS.

»Das alles«, so Gregor Gysi, »führte nicht nur zur Aberkennung von gelebtem Leben, sondern auch zu schwierigen sozialen Situationen. 17 Jahre nach der Einheit ist die Politik gefordert,

schnellstens Korrekturen vorzunehmen.« Er wies auf die Aufforderung von Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Abgeordneten ihrer eigenen Fraktion, bis Jahresende eine Liste noch zu klärenden Fragen zusammenzustellen, die für die Ostdeutschen aus dem Einigungsprozess resultieren. »Ich werde ihr unsere Anträge zur Verfügung stellen und in einem Brief meine Erwartung zum Ausdruck bringen, dass sie sich dieser Probleme annimmt und das zuständige Ministerium mit der Bearbeitung betraut«, kündigte Gysi an.

Martina Bunge erinnerte daran, dass viele Betroffene – von der Balletttänzerin bis zum Professor – gegen diese Art der Rentenüberleitung protestiert, tausende Petitionen eingereicht und unzählige Klagen vor Gericht geführt hatten. »Mit den Anträgen wollen wir auch mit der Mär aufräumen, dass die letzte Volkskammer der DDR für die Einschnitte in die Renten- und Versorgungsleistungen den Grundstein gelegt hat. Bestätigt wurde auch vom Bundesverfassungsgericht unsere Auffassung, dass das zeitlich befristete Weitergelten etlicher DDR-Regelungen nicht bedeutete, diesen Fakt für die Zukunft wegfällen zu lassen. Vielmehr sollte es eine Frist für eine adäquate Überführung in die bundesdeutsche Gesetzgebung sein.«

Darüber hinaus sei DIE LINKE der Meinung, dass Normen des Rentenüberleitungsgesetzes, die das Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungswidrig eingeschätzt hat, den Gesetzgeber nicht hindern sollen, die Problemstellung auf eine andere, ebenfalls verfassungsgemäße, aber gerechte Weise zu lösen.

ISOR hat die Vorbereitung dieser Anträge unterstützt. An einem abschließenden Fachgespräch nahmen auf Einladung der Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages Vertreter einer Vielzahl Betroffeneninitiativen, darunter ISOR mit den Landesbeauftragten und dem Leiter der AG Recht, teil. Die Beratung war getragen vom Geist, dass die Überwindung von Ungerechtigkeiten, Diskriminierungen und Rentenstrafrecht nur gemeinsam

Mit großer Betroffenheit und tiefer Trauer erhielten wir Kenntnis vom Ableben unseres Freundes, Beraters und Mentors, des großartigen Menschen

**PROF. DR. AXEL AZZOLA.**

Wir verlieren einen herausragenden Fachmann und Mitkämpfer gegen das Rentenstrafrecht und andere soziale Ungerechtigkeiten. Er war einer der ersten bundesdeutschen Rechtsexperten, die einen energischen Kampf gegen die Ausgrenzung und soziale Benachteiligung von Ostdeutschen nur wegen ihres Engagements in der DDR führten.

Wir werden Prof. Dr. Axel Azzola stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

*Vorstand      Beirat*

erfolgen kann. Die Ausschussvorsitzende hat sich in einem persönlichen Brief an den Vorsitzenden der ISOR bei den ISOR-Mitgliedern bedankt, die sich kenntnisreich und aktiv an der Erarbeitung der Anträge beteiligt haben. Sie erachte es für unabdingbar, die Zeit bis zur Behandlung im Bundestag zu nutzen, auch im außerparlamentarischen Raum für gerechte Lösungen in Sachen Rentenüberleitung zu werben und sei sich sicher, dass dabei mit dem Engagement der ISOR-Mitglieder gerechnet werden könne. Das sollte für uns eine Selbstverständlichkeit sein.

Das eingebrachte Gesetzespaket – wenn es denn angenommen wird – würde die Möglichkeit eröffnen, kurzfristig auf politischem Wege die offenen Probleme des Renten- und Versorgungsrechts in den neuen Bundesländern, einschließlich der Beseitigung des Rentenstrafrechts, zu lösen.

Der komplizierte, aufwändige und vermutlich langwierige Prozess über die Instanzen der Gerichtsbarkeit bis zum Bundesverfassungsgericht könnte dadurch im Interesse der Betroffenen vermieden werden.

Mit großem Interesse und Befriedigung hat ISOR auch zur Kenntnis genommen, dass die Fraktion DIE LINKE bereits im Oktober 2007 einen Antrag zur längst überfälligen Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert eingebracht hat. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, bis Ende 2007 einen Stufenplan vorzulegen, nach dem schnellstmöglich in mehreren Schritten der aktuelle Rentenwert (Ost) angehoben wird. ■

*Vorstand, Geschäftsstelle und Redaktion wünschen allen Freundinnen  
und Freunden sowie allen Sympathisanten erholsame Feiertage  
und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2008.*

### Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand beriet in seiner Sitzung am 28.11. erneut über die Arbeiten zur Beschaffung weiterer Daten für die Beurteilung der Einkommens- und Qualifikationsstruktur des MfS. Dafür werden voraussichtlich noch im Monat Dezember regierungsamtliche Vergleichsdaten für die NVA und das Mdl zur Verfügung stehen. Diese werden den Gutachtern unverzüglich übergeben, so dass sie in das Gutachten einbezogen werden können. Die zusätzliche Erarbeitung eines verfassungsrechtlichen Gutachtens konnte vertraglich vereinbart werden.

★

Prof. Dr. Horst Bischoff informierte über eine Beratung beim Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Dr. Dietmar Bartsch. Dabei wurde deutlich, dass die Partei an einer konstruktiven

Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden interessiert und bereit ist, deren Forderungen und Vorstellungen entgegenzunehmen und zu beachten. Erfreulich ist, dass die Bundestagsvorlagen der Partei DIE LINKE zu Rentenfragen in der Fraktion einstimmig gebilligt wurden.

★

Dr. Rainer Rothe berichtete von der Teilnahme an einem DGB-Kongress zu Rentenfragen. Eine vorgestellte Studie des Bundesministeriums für Arbeit bestätigte in nüchternen Zahlen, dass die Altersarmut in Deutschland deutlich zunehmen wird. Obwohl der Kongress ohne verbindliche Festlegungen beendet wurde, zeigte er die Notwendigkeit auf, den Kampf von ISOR als Teil der sozialen Kämpfe zu verstehen. Dabei bilden Probleme der Zwangsverrentung, der Anhebung des Renteneintrittsalters und die realen Rentenkürzungen wichtige Schwerpunkte.

★

Der Vorstand nahm Berichte der Landesbeauftragten für Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin sowie einen Bericht des Geschäftsführers zur Mitgliederentwicklung entgegen. Sie zeigten vielfältige Initiativen und eine kontinuierliche Arbeit vor Ort, insbesondere in der Zusammenarbeit mit anderen Sozialverbänden und -vereinen sowie bei der Gesprächsführung mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten verschiedener Parteien. Sichtbar wurde auch, dass Mitgliederverluste ausgeglichen werden können, wenn die Mitgliedererwerbung weiter als Schwerpunkt betrachtet wird. Reserven liegen hierbei vor allem in den Ballungsgebieten und in Großstädten.

★

Der Vorstand beschloss, im April/Mai 2008 eine Konferenz aller TIG-Vorsitzenden einzuberufen, um mit ihnen inhaltliche Fragen und Aufgaben der neuen Etappe des politischen und juristischen Kampfes zu beraten.



Bis zum letzten Platz besetzt war der Veranstaltungsort während der Jahresversammlung der TIG **Gera**, an der Freund Horst Parton als Vorsitzender der ISOR teilnahm. Als Gast konnte Siegfried Schneider vom Bund der Ruhestandsbeamten des Bereiches Gera begrüßt werden. Siegfried Schneider versicherte uns emotional bewegt der Solidarität seiner Verbandsmitglieder in unserem Wirken gegen das Rentenstrafrecht. Er sprach sich unmissverständlich gegen die diffamierende Gleichstellung des antifaschistisch-sozialistisch geprägt gewesenen Staatssystems der DDR mit dem verbrecherischen faschistischen deutschen Terrorregime und analoger Gleichstellung des MfS mit den faschistischen Mord- und Terrordiensten, wie SS, Gestapo, SD, Geheimdiensten usw. aus. Leicht sei zu durchschauen, welchem Ziel diese verleumderischen Attacken dienen.

In seinen sehr sachlich, überzeugend und motivierend vorgetragenen Ausführungen legte Horst Parton Zeugnis ab von der messbaren progressiven Wirksamkeit der Aktivitäten des Vorstands der ISOR und aller anderen Mitstreiter zur Erreichung der Rentengerechtigkeit für die Betroffenen des Rentenstrafrechts. Das Jahr 2008 werde eine besondere Bedeutung auf dem erneut zu beschreitenden Weg zum Bundesverfassungsgericht zur Durchsetzung unserer berechtigten Rentenansprüche erlangen.

Grundlage aller weiteren Maßnahmen werde ein durch Experten zu erarbeitendes Rechtsgutachten sein. Erreicht wurde durch zähes Ringen und Nutzung des seit 1. Januar 2006 geltenden Informationsfreiheitsgesetzes die Herausgabe und Verfügbarkeit notwendiger Verdienst- bzw. Besoldungsunterlagen.

Wohlthuend empfanden die Beratungsteilnehmer den durch Horst Parton vermittelten Optimismus bezüglich des möglichen Erfolges der Bemühungen um Erreichung der Rentengerechtigkeit. Klar ist allerdings auch, dass nach einem ablehnenden Entscheid des BVerfG keine weiteren Klagemöglichkeiten gegeben sein werden. Die Mitglieder hoben die Notwendigkeit weiterer Mitgliederwerbungen hervor und erklärten sich bereit, die künftige Klage personen- und ergebnisbezogen unterstützen zu wollen.

Vorstandsmitglieder der TIG Gera werden die Ausführungen Horst Partons im Rahmen von Versammlungen anderer TIG des ehemaligen Bezirks Gera auswerten, wozu erfreulicherweise bereits Einladungen ausgesprochen wurden. Wir freuen uns auf diese weiteren Begegnungen mit Gleichgesinnten.

*Wolfgang Willms*

★

Zu der gut besuchten Mitgliederversammlung der TIG **Krakow** konnten als Gäste der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE und Landtagsabgeordnete Mecklenburg/Vorpommerns Peter Ritter sowie der Vorsitzende der Regionalgruppe der GBM Güstrow Wilfried Schubert begrüßt werden.

Peter Ritter verwies auf die gegenwärtigen Anstrengungen seiner Landtagsfraktion und der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE, dahingehend zu wirken, dass die Rente mit 67 nicht eintritt, ein Rentenwert gleichermaßen für Ost und West sowie eine gesetzliche Regelung zur Beseitigung aller noch vorhandenen Lücken in dem den neuen Ländern übergestülpten westdeutschen Rentenrecht erfolgt. Positiv ist, dass manche von der vorherigen rot-roten Koalition

angefangenen sozialen Projekte nicht aufgehoben sondern fortgesetzt werden. So wurde das Blindengeld nicht angetastet, die Finanzierung des Vorschulalters in der Kita, die Förderung von Gesamtschulen und Teilen des Öffentlichen Sektors von Beschäftigung erfolgen weiterhin. Insofern hat die Regierungsbeteiligung der Linken/PDS durchaus Früchte getragen. Als stärkste Oppositionskraft wird DIE LINKE auch weiterhin alles unterstützen, was die soziale Gerechtigkeit fördert, wie die Einführung eines Mindestlohnes und eine gerechtere Rentenreform.

Die Diskussion vermittelte die Überzeugung, dass die Partei DIE LINKE in Mecklenburg/Vorpommern unseren Kampf für soziale Gerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts weiterhin unterstützen wird. Dafür dankte unser Vorsitzender zum Abschluss der Versammlung Peter Ritter und erklärte im Namen aller Anwesenden, unseren solidarischen Kampf aktiv fortzusetzen.

*Hans Wendt*

★

Zu ihrer Jahresversammlung hatte die TIG **Wismar** den Vereinsfreund Siegfried Felgner aus Schwerin, Landesbeauftragter und Mitglied des ISOR-Vorstands, als Referenten zu Gast. Nachdem er noch einmal die bisher hart erstrittenen Erfolge im langen Kampf um gerechte Renten für unsere Mitglieder in Erinnerung gerufen hatte, ging er vor allem auf den aktuellen Stand der Vorbereitungen für einen erneuten Gang vor das Bundesverfassungsgericht ein, mit dem angestrebt wird, das nach wie vor bestehende Rentenstrafrecht für die ehemaligen Angehörigen des MfS erneut zur höchstrichterlichen Entscheidung vorzulegen. Mit Genugtuung und Anerkennung nahmen die Versammelten zur Kenntnis, dass Expertengruppen mit Engagement und außerordentlichem Arbeitsaufwand z.Zt. damit befasst sind, aus den von den Behörden oft nur zögerlich herausgegebenen Datensätzen Angaben über die Qualifikations- und Ge-

haltsstruktur herauszufiltern, mit denen letzten Endes der Legende von der Selbstprivilegierung des MfS entgegengetreten werden soll. Die Mitglieder unserer TIG schätzen die Arbeit der damit Befassten hoch ein und möchten ihnen auf diesen Wege für ihren Einsatz zum Wohle aller Benachteiligten herzlich danken. In der Diskussion kam zum Ausdruck, dass der vom ISOR-Vorstand eingeschlagene Kurs unterstützt wird und dass wir uns als TIG verpflichtet sehen, den erreichten Mitgliederstand zu erhalten und möglichst auszubauen, was uns bisher gelungen ist. Einen juristischen Erfolg werden wir umso eher erreichen, je mehr Betroffene sich dafür einsetzen.

★

Im Vorstand unserer TIG **Aue-Schwarzenberg** wurde einstimmig beschlossen, dass sich unsere TIG dem Aufruf der TIG Berlin-Hohenschönhausen anschließt. Diesbezüglich wurde durch ein erarbeitetes Einlegeblatt für unsere monatliche

Zeitung jedes einzelne Mitglied nochmals für diese Thematik sensibilisiert. Schwerpunkt unserer kommenden Tätigkeit bildet daher die weitere Aufnahme von ehemaligen Angehörigen als ISOR Mitglieder und die weitere Förderung des Zusammenhaltes und der Standhaftigkeit unserer Mitglieder. Im Ergebnis unserer bisherigen Arbeit ist es gelungen vier neue ISOR-Mitglieder aufzunehmen.

Mit zwei ehemaligen Angehörigen stehen wir in Verbindung und zu elf ehemaligen Angehörigen haben wir schriftlich Kontakt aufgenommen mit dem Ziel, diese für eine ISOR - Mitgliedschaft zu gewinnen.

**Dieter Süß**

★

Zu einem Erfahrungsaustausch trafen sich Mitte November 2007 TIG-Kassierer und weitere Vorstandsmitglieder der TIG **Angermünde, Eggesin, Prenzlau, Schwedt und Templin** in der uckermärkischen Kreisstadt Prenzlau. Als Gast nahm daran auch der Schatzmeister von ISOR,

Peter Speck, teil. Er gab wichtige Hinweise und Informationen zur laufenden Kassierung, zum Umgang mit Spenden und zur Einhaltung von feststehenden Terminen. Peter Speck gab weiterhin Anregungen für die Umsetzung der Finanzordnung als einer wichtigen Grundlage für das politische und juristische Wirken unseres Sozialvereins. Manch nützliche Erkenntnis für die weitere Tätigkeit in den TIG nahmen die Teilnehmer des Treffens mit nach Hause. Natürlich war es Peter Speck auch ein Bedürfnis, den Kassierern für ihre gewissenhafte Arbeit ein herzliches Dankeschön des Vorstandes zu übermitteln.

**Hans-Joachim Möllenberg**

### Internetinformationen:

*Unter »Bei anderen gelesen« ist ein Brief der Koordinierungsgruppe der Seniorenorganisationen Thüringens an die Bundeskanzlerin zu offenen Rentenproblemen im Osten veröffentlicht.*

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### Zum 96. Geburtstag

Hans Kohoutek, Bln.-Hhsn.

### Zum 93. Geburtstag

Herta Ellrich, Bln.-Hhsn.

### Zum 92. Geburtstag

Hermann Maikath, Bln.-Hellersdorf

### Zum 91. Geburtstag

Heinz Emmerich, Bln.-Mitte  
Johanna Ziewitz, Gera

### Zum 89. Geburtstag

Günter Simon, Bln.-Hhsn.

### Zum 88. Geburtstag

Erna Engelbrecht, Bln.-Köpenick  
Erich Schade, Heringsdorf  
Hugo Trebelt, Bln.-Hhsn.  
Elfriede Walter, Bln.-Marzahn

### Zum 87. Geburtstag

Fritz Aernecke, Bln.-Hellersdorf  
Werner Fischer, Leipzig  
Heinz Hager, Zwickau  
Heinz Krenkel, Bln.-Li'berg  
Marianne Kühnhold, Jena  
Walter Mehnert, Chemnitz  
Gerhard Müller, Erfurt  
Erika Ritter, Bln.-Fr'hain  
Anni Sterzing, Nordhausen

### Zum 86. Geburtstag

Hans Brand, Pirna  
Heinz Krammer, Rostock  
Heinz Mitzlaff, Templin  
Elsbeth Notroff, Stralsund  
Rolf Porrini, Strausberg  
Henry Stengel, Chemnitz  
Fred Steppat, Bln.-Fr'hain  
Herbert Teucher, Chemnitz  
Heinrich Vogl, Olbernhau  
Anneliese Wagner, Magdeburg  
Emil Wagner, Bln.-Marzahn  
Justine Wurbs, Bln.-Fr'felde

### Zum 85. Geburtstag

Ilse Baumann, Bln.-Prenzl. Berg  
Heinz Blau, Zeitz  
Maria Curin, Erfurt  
Elli Fleischer, Bln.-Fr'hain  
Günther Glaser, Bln.-Li'berg  
Emil Gold, Dresden  
Christa Hentschke, Chemnitz  
Otto Hildebrand, Magdeburg  
Anneliese Jagiela, Jena  
Eva Maria Kramme, Leipzig  
Heinz Neiding, Lichte  
Johanna Puls, Eilenburg  
Ernst Ritschel, Bln.-Pankow  
Hildegard Schulze, Bln.-Hhsn.  
Elfriede Söte, Weißensee  
Franz Sgraja, Bln.-Hellersdorf  
Kurt Thode, Rostock  
Karl Toussaint, Chemnitz  
Werner Trentzsch, Leipzig  
Otto Winkler, Pdm.-Waldstadt  
Ortrun Zschäkel, Bln.-Hhsn.

### Zum 80. Geburtstag

Günter Abraham, Bln.-Weißensee  
Herbert Barchmann, Bln.-Hellersd.  
Gerhard Böhm, Bln.-Weißensee  
Gerhard Buchholz, Bad Saarow  
Gerlinde Ende, Bln.-Pankow  
Christa Feige, Chemnitz  
Helmut Felske, Fredersdorf  
Manfred Flader, Bln.-Hhsn.  
Waltraud Gittner, Bln.-Fr'felde  
Joachim Hartmann, Potsdam  
Günter Hoffrichter, Cottbus  
Heinz Hohndorf, Magdeburg  
Anna Kantrorzik, Grevesmühlen  
Heinz Köhler, Leipzig  
Günter Köller, Plauen-Jöbnitz  
Fred Kultermann, Bln.-Hhsn.  
Martin Lauterbach, Senftenberg  
Jakob Lucks, Bln.-Hhsn.  
Irmgard Mikus, Pdm.-DrewitzHerbert Naujoks, Erfurt  
Jasper Oelze, Bln.-Fr'felde  
Ilse Pahlke, Bln.-Treptow  
Hans Pojar, Chemnitz  
Ursula Prediger, Bln.-Hhsn.  
Walter Preidel, Leipzig  
Ingeborg Rengel, Bln.Fr'hain  
Erich Richter, Bln.-Fr'felde  
Ernst Roth, Bln.-Hhsn.  
Günter Schmidt, Leipzig  
Franz Schmidt, Brandenburg  
Willi Schötzke, Pdm.-Waldstadt  
Gertrud Seidel, Bln.-Li'berg  
Rolf Seidel, Leipzig  
Gerhard Stegelin, Pdm.-Waldstadt  
Fedor Steinhorst, Annabg.-Buchholz  
Marianne Struppert, Bln.-Hhsn.  
Maria Tittelbach, Bln.-Fr'hain  
Edmund Weber, Bln.-Mitte  
Ursula Wiesner, Bln.-Marzahn  
Werner Zimmermann, Bln.-Treptow  
Christian Zöllner, Templin

### Zum 75. Geburtstag

Ilse Antrack, Rostock  
Horst Appelt, Wolgast  
Siegfried Barbitzki, Hennickendorf  
Walter Bethkenhagen, Bln.-Hhsn.  
Rolf Böttger, Leipzig  
Hans Bornkessel, Cottbus  
Georg Brinkel, Rostock  
Lothar Döring, Bln.-Hhsn.  
Ingeborg Dorfmeister, Bln.-Hhsn.  
Horst Eichner, Bln.-Fr'felde  
Wolfgang Erdmann, Erkner  
Egon Esser, Berlin  
Harry Fiedler, Rostock  
Marianne Fiedler, Rostock  
Brigitte Fischer, Leipzig  
Käthe Gehrman, Bln.-Li'berg  
Günter Gempke, Bln.-Fr'hain  
Margarete Gent, Bln.-Prenzl. Berg  
Heinz Günther, GeraGünter Hammer, Dresden  
Werner Hannemann, Rostock  
Erika Heimer, Bln.-Fr'felde  
Erhard Jahn, Bln.-Hhsn.  
Gerhard Kasten, Wandlitz  
Sonja Kindt, Bln.-Treptow  
Helga Klätte, Halle  
Lothar Knüpfer, Zeitz  
Günter Krohn, Bützow  
Ludwig Kummer, Königs Wusterh.  
Manfred Lägel, Frankfurt/O  
Lothar Lampe, Stralsund  
Heinz Langrock, Bln.-Marzahn  
Helmut Lehmann, Pdm.-Zentrum  
Robert Lewandowsky, Pdm.-Waldst.  
Josef Ludwig, Pdm.-Zentrum  
Jana Männel, Bln.Li'berg  
Peter Mattha, Berkenbrück  
Lothar Meier, Bln.-Fr'hain  
Annelies Melchior, Riesa  
Brigitte Meyer, Gera  
Ursula Münzner, Chemnitz  
Robert Niebel, Woltersdorf  
Margot Nitzschke, Bln.-Hhsn.  
Margarete Pietras, Bln.-Hhsn.  
Dr. Rolf Rahner, Leipzig  
Karl-Heinz Röher, Sülzfeld  
Johanna Ruck, Zella-Mehlis  
Wolfgang Säuberlich, Jena  
Horst Schenke, Kamminke  
Wolfgang Schmidt, Frankfurt/O  
Walter Scholz, Bernau  
Henni Schumacher, Bln.-Prenzl. B.  
Waltraud Sobola, Wolmirstedt  
Hans Sprenger, Greifswald  
Christa Starke, Kottmarsdorf  
Rudolf Taute, Magdeburg  
Franz Walter, Aschersleben  
Arno Wetzel, Wandlitz  
Ingeborg Wiedemann, Bln.-Fr'hain  
Erhard Wilke, Bln.-Treptow  
Rolf Wiesel, Bln.-Fr'felde  
Werner Zschau, Bln.-Marzahn

### Das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg ist umgezogen nach:

10623 Berlin, Knesebeckstr. 32  
Postfach- und Telefonnummer sind unverändert  
Tel.-Nr.: (030) 88 097 575  
Postanschrift: Postfach 12 07 51  
10597 Berlin

### AG Recht informiert:

In **ISOR aktuell** 10/07 haben wir über eine Entscheidung des BSG vom 23.08.2007 zum Stichwort »Jahresendprämie« informiert. Im Ergebnis der weiteren Auswertung der Entscheidung und zweckdienlicher Konsultationen ergänzen wir unsere Information wie folgt:

**1.** Das Urteil enthält neben der rentenrechtlichen Wertung von Jahresendprämien auch wesentliche Aussagen, was als Arbeitentgelt/Arbeitseinkommen im Sinne des AAÜG zu verstehen und den Beitragszeiten bei der Berechnung der Rente zugrunde zu legen ist. Es muss sich dabei um Einkommen handeln, das dem Berechtigten während der Zugehörigkeit zum Versorgungssystem aufgrund seiner Beschäftigung tatsächlich gezahlt worden ist.

**2.** Tatsächlich gezahlt wurden an Angehörige der Sonderversorgungssysteme (NVA, Mdl, MfS, Zoll) auch Zuschläge und Abgeltungen (wie z. B. Wohnungsgeld, Verpflegungsgeld, Bekleidungs-geld) nach den jeweiligen Besoldungsordnungen, die unmittelbar aus der Beschäftigung bzw. im Zusammenhang mit ihr erzielt wurden. Diese Zuschläge und Abgeltungen sind nur teilweise und für den Einzelnen nicht nachvollziehbar in den Entgeltbescheiden (Überführungsbescheiden) des jeweiligen Versorgungsträgers bei der Auflistung des tatsächlichen Arbeitseinkommens berücksichtigt.

**3.** Das BSG eröffnet zumindest die Möglichkeit, begründet Anträge zur Anerkennung von Zuschlägen und Abgeltungen als Arbeitseinkommen zu stellen. Dabei ist Nachfolgendes zu beachten:

➤ Anträge sind nur sinnvoll, wenn für die betreffenden Jahre die Beitragsbemessungsgrenze noch nicht erreicht ist;

➤ für ehemalige Angehörige des MfS können sich wegen der noch bestehenden Begrenzung des Arbeitseinkommens auf 1,0 Entgeltpunkte Zuschläge und Abgeltungen nicht rentensteigernd auswirken. Allerdings könnten sich Zuschläge und Abgeltungen aus Vordienstzeiten (z. B. NVA/Mdl) durchaus auf die Höhe des anzurechnenden Arbeitseinkommens auswirken. Ein Antrag sollte wie folgt formuliert werden:

Name, Vorname Ort, Datum  
Wohnanschrift

Versorgungsträger  
(aus dem jeweiligen Entgeltbescheid - nicht Rentenbescheid - ersichtlich)

Antrag auf Überprüfung Ihres Bescheides vom ..... (Datum des letzten Überführungsbescheides) nach § 44 SGB X

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
mir ist bekannt, dass das im o.g. Bescheid ausgewiesene Arbeitseinkommen sich aus Dienstgrad, Dienststellung, Dienstalter, Zulagen sowie einigen Zuschlägen und Abgeltungen zusammensetzt, die ich als Entgelt für erbrachte Arbeitsleistungen bzw. im Zusammenhang damit erhalten habe. Im Einzelnen ist mir die Berechnung nicht erläutert worden. Ich beantrage deshalb: eine Überprüfung des o.g. Bescheids und Erteilung eines neuen Bescheids, in dem meine Zuschläge und Abgeltungen für die Zeit meiner Zugehörigkeit zum Sonderversorgungssystem als Arbeitseinkommen ausgewiesen werden.*

*Begründung:  
Das BSG hat in seiner Entscheidung vom 23.8.2007 – B4 RS 4/06 R festgestellt, dass als Verdienst das erzielte Arbeitsentgelt zugrunde zu legen ist. Sie verweist insoweit auf § 14 SGB IV. Ich habe die Zuschläge und Abgeltungen als Gegenleistung für erbrachte Arbeitsleistung bzw. im Zusammenhang damit erhalten und mache mir deshalb die genannte Entscheidung zu eigen.*

**4.** Es wird abzuwarten sein, wie die Versorgungsträger reagieren. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Versorgungsträger diesen Anträgen problemlos folgen. Deshalb bereiten wir uns jetzt darauf vor, abschlägige Bescheide mit einem Widerspruch anzufechten und Klageverfahren



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



LUCIE ANDRÉ, Sondershausen  
GÜNTER BARBER, Bln.-Fr'felde  
HORST BARTSCH, Bln.-Mitte  
SIEGFRIED BLASCHKE, Dresden  
GERHARD BÖHNHARDT, Erfurt  
INGE COTT, Bln.-Li'berg  
SIEGFRIED FÖRSTER, Görlitz  
MICHAEL FÜNFSTÜCK, Hennigsdorf  
HELMUT GAWOLEK, Leipzig  
ALBERT GOLNIK, Bln.-Fr'hain  
HUGO HICKETHIER, Saalfeld  
GERHARD HOFFMANN, Dresden  
WALTRAUD HOHN, Frankfurt/O  
ERNA IRMER, Bln.-Treptow  
KLAUS JENNER, Oranienburg  
WERNER KAKUSCHKY, Wismar  
HORST KAUFMANN, Magdeburg  
KURT KITTEL, Halle  
ERIKA KRÜGER, Schönebeck  
CLAUS KRYBUS, Görlitz  
INA LICHTENSTEIN, Bln.-Köpenick  
GERHARD MARX, Bln.-Kaulsdorf  
HEINZ MARX, Halle  
HELMUT MENGE, Bln.-Li'berg  
WILFRIED MÖGLING, Magdeburg  
DIETER MORASKE, Cottbus  
HANS MÜLLER, Bln.-Li'berg  
HORST MÜLLER, Leipzig  
ERWIN NEUMANN, Schwedt  
LOTHAR NEUMANN, Sehmatal/Sehma  
HORST ORTMANN, Bln.-Hhns.  
JURIS OSS, Magdeburg  
HORST PHILIPP, Zwickau  
HELGA RAMISCH, Cottbus  
HARTWIG RITTERSHOFER, Wismar  
RUTH SCHALLER, Sachsendorf  
LOTHAR SCHMIDT, Bln.-Pankow  
HANS SCHREITER, Dresden  
HARALD SCHRICKEL, Bln.-Fr'felde  
JÜRGEN SCHULZ, Zieslow  
GOTTFRIED WEIGEL, Wurzen  
GÜNTER WIEGAND, Bln.-Fr'felde  
BERND WOLF, Halle  
HARRY WORGALL, Strausberg  
WERNER WÜRTZ, Erfurt  
HANS-JOACHIM ZIMMERMANN, Saalfeld

### Ehre ihrem Andenken

zu führen. Sollte anwaltliche Hilfe erforderlich werden, steht das Anwaltsbüro grundsätzlich zur Verfügung.

### Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.11.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.12.2007

Einstellung im Internet: 11.01.2008

Auslieferung: 17.01.2008

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:  
Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr